

# Vossische



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Besonderheiten und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredaktor: Georg Bernhard Vossow.  
Redakteur (u. Aussd. Händelstr.): Carl Misch, Berlin, Dyerstr.  
Manuskripte werden zur Verfertigung, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Versehrung-Zentrale Ullstein: Am Dönhof (A 7) 3000-3003  
für den Fernverkehr: Am Dönhof 3000-3008, Berlin-Gem.  
Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postschekkonto: Telegraf.

## Diktator Schiele

So miserabel die Deutschnationalen regiert haben, so gut verstehen sie es, den förmlichen Bankrott ihrer Außenpolitik und ihrer Wirtschaftspolitik zu verschleiern. Wenigstens draußen auf dem Land, wo der Großgrundbesitzer den Ton angibt, und die Preise den Wagnissen der Zugewanderten folgt.

Als die Regierungs-Koalition zusammenbrach, waren die Deutschnationalen Bisherigen auf's Schmerle enttäuscht und enttäuscht. Wie sehr die Wähler war, und wie ernst die Lage damals beurteilt wurde, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Landtag einige feiner denkende Nationalistische Parteirepäsentanten zur Gründung eines eigenen „Bauernpartei“ abkommandierte. Man hatte offenbar die Nervens verloren und in einer Art von Panik-Stimmung die Hände ins Rollen geworfen. Man hat sie wieder ausgegraben.

Das „Rotprogramm“ hat seine Schuldigkeit getan. Es hat den Deutschnationalen momentan in ihren Wirtschaftsparteiangehörigen, in den von Reichslandbund beehrten östlichen Landbesitzern, aus der Not geholfen. Sie haben eine Frist gewonnen, die sie mit gewöhnlicher Stuppellosigkeit und mit unangenehm bemerkenswerter Weisheit ausgenutzt haben. Sie schlugen die schärfste Ethik an und überrollten die Radikalen. Es ist wie in der Matienzeit des Bundes der Landwirte, wo der Gutsbesitzer Rupprecht-Stanien die Parole ausgab: „Wir müssen unter die Sozialdemokraten gehen.“ Das war in den vierziger Jahren dasselbe, wie wenn man heute sagt: wir müssen den kommunistischen Mordtaten vorbeugen. Und das tun sie ja auch. Sie spielen auf die Staatsautorität und kümmern sich den Scheiß darum, daß an der Spitze des Staates ein „Bauernpartei“ steht, mit dem sie anfangs ein heiliges Kreuz „Rechtlichkeit“ vertrieben. Es kommt ihnen auch nicht darauf an, Zusammenhänge herbeizuführen. Mögen sich doch die verdorbenen Wölfe gegen die Gehege vertragen, und mögen pflichttunliche Beamte der Dinge zum Opfer fallen. Die Hauptsache ist, die zum Wohlsein eine Strecke zu erlangen, die es den Deutschnationalen möglich macht, ihre fadliche Fäulnis zu verdrängen und ihre lässliche Gefährlichkeit, die endlich topfsteig geworden war, noch einmal zu mobilisieren.

Und im Kleinsten hat sich eine faktische Lage herausgebildet, bei der die Deutschnationalen die besten ihrer bisherigen Bundesangehörigen wirtschaftlich diffidieren zu können. Die gestrige Erklärung, in der jede Veränderung des sogenannten Rotprogramms in schärfster Weise abgelehnt wird, richtet sich in erster Linie gegen das Zentrum, das den schärfsten Verstoß macht, und überrollt es bei der Gefrierfleisch-Einfuhr zu unterstützen.

Die Deutschnationalen erklären kurz und bündig: alles oder nichts. Es kommt ihnen dabei nicht auf diese oder jene Maßnahme an, deren Umkehrbarkeit und Bedürfnislosigkeit vor ihnen selbst kaum bestritten werden muß. Sie wollen nur verhindern, daß „Rechtspartei“ blutet wird. Der Reichstag soll unbeeinträchtigt alles schaffen, was Herr Schiele und seine Landbau-Berater betreiben. Das sogenannte „Rotprogramm“ ist in Wirklichkeit nichts anderes, als eine Vollmacht für Herrn Schiele, über hunderte von Millionen Reichsmark nach Belieben zu verfügen. Doch man heute auf Betreiben des Zentrums beschließen hat, ihn

dadurch durch einen förmlichen Ausschuß überlassen zu lassen, selbst, daß man es ist, was gefordert wird. Über „glaubt man ernstlich, durch einen förmlichen Apparat etwas ausrichten zu können? Der Landbauminister läßt sich eine Übernehmung gerne gefallen, die unwirksam bleibt und ihn außerdem noch entlastet.

Die bisherigen Regierungsparteien mögen es unter sich ausmachen, wie sie sich mit einer Lage abfinden, die für die Deutschnationalen höchst reichlich ist, während die übrigen Parteien die Gehe bezahle. Um so schärfer muß die Opposition ihren Standpunkt herausarbeiten. Sie hat kein Interesse daran, die Annahme des Rotprogramms zu er-

leichtern, dessen Charakter als deutschnationales „Rechtspartei“ jetzt so stark hervorgerufen ist. Gefährlich muß dafür gefordert werden, daß die Reichsminister, Sozialdemokraten und Landbauangehörigen unter keinen Umständen denotzogen werden. Aber es ist ja kein Zweifel, daß eine Regelung durch einen neuen Reichstag, die im Juni mit rückwirkender Kraft beschließen werden könnte, in einer für die mittlichen von Reichsland in Stadt und Land viel günstigeren Atmosphäre erfolgen würde, als jetzt vor Eröffnung, unter dem Druck des deutschnationales großparteilichen Diktators.

J. E.

## Die Note an Moskau

### Die Zulassung deutscher Vertriebler verlangt

Reichsanwalt Dr. Stresemann hat dem russischen Botschafter Kreffsin am Schluß der gestrigen Unterredung eine schriftliche Aufzeichnung überreicht, in der der

Schwerpunkt der deutschen Regierung auf der Verhütung der sechs deutschen Ingenieure in Rußland liegt. Diese Ingenieure enthält die Mitteilung von dem vorläufigen Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, aber auch gleichzeitig die Forderung, daß zur Vertretung der Interessen der vertriebenen Ingenieure deutsche Vertriebler von der russischen Regierung zugelassen werden.

## In die Reichswehrwache gefahren

### Schweres Unglück auf der Vullstbrücke / Zwei Unteroffiziere und zwei Gefreite verletzt / Der Droschkenchauffeur festgenommen

Geste mittig kurz vor 1/2 Uhr ereignete sich auf der Vullstbrücke in Potsdamer Berlin ein folgenschweres Automobilunglück. Die Sanktobroder Nr. 41 277, von dem Chauffeur Helmut Gehret, fuhr von Westen in eine Reichswehrwache hinein. Zwei Unteroffiziere und zwei Gefreite wurden teils schwer, teils leichter verletzt. Drei von ihnen, die nämlich ein Ritzhorn-Kranführer getötet wurden, fanden im Garmentenlager Aufnahme. Der Chauffeur Helmut wurde sofort festgenommen und zum Polizeirevier 26 in der Vullststraße 26 gebracht, wo er zur Stunde von dem Reichswehrverwalter verhört wird. Die Ursache unter Führung des Unterführers Rader und des Unteroffiziers Rader befand sich in einer Ecke von vierzig Mann als Beobachtung auf dem Wege zu dem Schießstand in der Jungfernhöhe. Als der Trupp die enge Vullstbrücke kurz vor dem Zufahrt zur Infanterieschießstätte passierte, wurde er plötzlich ein gelbes Fahrzeug. Die Wachehelfer, denen Offizier entgegen die Steuerung aber beim Ausfahren den Hebelstiel verloren hatte, war von hinten in die nachfolgende Kolonne hineingekracht und hatte vier Reichs-

wachsoldaten umgeworfen. Der Unterführer Andrej und der Unterführer Rader hatten schwere Verletzungen, nachfolgendes wurde die Oberkörper Stelle erheblich, der Gefreite Müller weniger schwere Verletzungen davongetragen. Die Verletzten wurden in das nur wenige Schritt entfernte Städtchen Krankenhaus gebracht, das die Kommandantur Berlin von dem Unfall benachrichtigte. Die Romanhandlung entfaltete einen Offizier in das Krankenhaus, der die Verletzung von Andrej, Rader und Müller in das Garmentenlager brachte. Müller konnte sich in die Roterne begeben, wo seine Verletzungen zur Stunde von dem Truppenarzt untersucht werden.

Die Polizei sperrte die Unglücksstelle in weitem Umfange ab und nahm den Chauffeur Helmut bis zur völligen Klärung des Geschehens fest.

## Der Schulfreitag in Berlin II

Ein warnendes Beispiel

Der Schulfreitag in Berlin II, genannt die „National-liberale Korrespondenz“ so folgender Bezeichnung:

Es handelt sich — wenn man auf das Wesentliche sieht — um einen Autarkieplan zwischen zwei organisierten Elternvereinigungen entgegengesetzter Kulturkreislauf und der öffentlichen Schulverwaltung um die Festlegung eines bestimmten Schuljahres. Das ist in der Zeit des Schuljahres, obwohl gesetzlich ist, daß dieser Schul- und Kulturkreis nicht nur gesetzlich den organisierten Elternverbänden und der Schulverwaltung ausgetragen wird, sondern auch zwischen den Schülfern, die in verschiedenen Herbergen leben und dabei wie dort zu der öffentlichen Schulverwaltung und Schulordnung in Gegensatz geraten.

Solche Schulfreitage sind zuerst in Deutschland immer noch eine Seltenheit, aber nur, weil ein Reichsschulgesetz nach den Wünschen des Zentrums, der Deutschnationalen und der von ihnen befreundeten Elternverbände nicht ausgearbeitet ist. Somit würde das, was wir jetzt in Bayreuth, Straßburg und zu Berlin als Schuljahresfest erleben, zu den alljährlichen Vorgängen in Stadt und Land gehören!

Nicht nur das, nicht nur die Zahl der Schulfreitage würde sich vergrößern, die, wie verhältnismäßig, sondern auch die Intensität der Kämpfe würde an den Schulen zunehmen. Zu der Größe, Verwirrtheit u. a. Kräfte der Schulfreitage, die ein Schuljahresfest ausstellen könnte, ausfallen müßte, ist der Schulfreitag in der Sommerferien Straßburg nur ein ganz schwaches Beispiel.

Das Reichliche Schulgesetz hätte den Schülfern verweigert, hätte ihn in jedem Schulfreitag, in jede Stadt und jeden schulpflichtigen Schul-

## Die Gefrierfleisch-Vorlage angenommen

### Mit dem Stimmten des Zentrums

Der Reichstag zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum der die Gefrierfleischvorlage der Reichsregierung entwarf, ist überlegt. Im Hauptsaal des Reichstages ist die Vorlage mit dem Stimmten der früheren Koalitionsparteien, also auch des Zentrums, angenommen worden. Das bedeutet, daß vom 1. Mai ab das Zentrum alljährlich herabgesetzt wird und dann ganz verschluckt ist.

Das Zentrum hat seinen Umfall mit einigen Bedingungen verbunden. 1. daß bei der Verteilung des verschickenden Gefrierfleischkontingents und die fast industriellisierte Östern um Mannheim beschlößt werde; 2. daß eine Entschädigung geleistet werde, wonach bei eintretenden Notfällen auf dem Gebiet der Fleischversorgung auch mittelfristig der im Gefolge vorersehenen Möglichkeit einer Beschaffung des Kontingents entsprechend der Nachfrage mit Zustimmung des Ausschusses Gebrauch gemacht werde; 3. das Zentrum werde einen Antrag einbringen, für die Verteilung der im Rotprogramm für die Landwirtschaft notwendigen Bezüge dem Minister einen förmlichen Bericht von 28 Mitgliedern zur Seite zu stellen. Die Verteilung der

Welcher solle gebunden sein an die Zustimmung dieses Ausschusses, der auch nach Auffassung des Reichstages festbehalten soll.

Reichsregierungminister Götzle stimmte der Einlegung eines Betrages zu, den er selbst vorzuschlagen habe.

Nach eingehender Ausprache wurde die Regierungsvorlage unter Genehmigung der Demokraten (die durch den Abg. Grellert an die Spitze des Zentrums traten, daß sie zu dem Gesetz noch nicht Stellung nehmen könnten), angenommen. Auf Antrag der Regierungsminister wurde jedoch noch beschloffen, daß Artikel 1 § 5 des Gesetzes über Fortführungen vom 17. August 1925 dahin ergänzt wird: „Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 1928 außer Kraft.“ Dieser Beschluß bedeutet, daß die Neuregelung des Gefrierfleischkontingents am 1. Mai in Kraft treten soll.

Unter Zustimmung der Deutschnationalen wurde dem die Einlegung eines Betrages beim Reichsminister gemittelt werden für die Verteilung der im Rotprogramm für die Landwirtschaft vorgesehenen Bezüge beschloffen.

Gegenwärtig wurde eine Entschädigung des Zentrums angenommen, wonach 2 Millionen von den 30 Millionen, die für die Regulierung des Vieh- und Fleischmarktes bestimmt sind, von vornherein zugunsten der Organisationen der Erzeuger, Verbraucher und Fleischer abgewandt werden sollen.

fehlt hinsichtlich. Die Kriegskosten hätte der Steuerzahler bezahlen müssen.  
Werkwürdig nur, daß die Deutsche Volkspartei trotz dieser Erkenntnis 90 Prozent dieses Schuldenjeugs zu schulden bereit war.

## Meuterei auf einem englischen Schlachtschiff

Rechtlichendienst der „Vossischen Zeitung“

London, 16. März.  
Durch die Anfrage des Internationalen Abgeordneten Parlaments in der letzten Tagung des Unterhauses hat die Defensivität von geheimen Vorhaben auf dem Schlachtschiff „Royal Oak“, dem Flaggschiff des ersten Schlachtschiffes der Mittelmeerflotte, Kenntnis erhalten. Das Schiff wurde, das am Sonntag nach Gibraltar fahren sollte, bis zu unbestimmten Oränden bei Malta verhaftet. Erst als der „Royal Oak“ eine Frage niedergelegt wurde, ließ das Schiffswort unter anderem Oberbefehl aus.

Nach den bisherigen Mitteilungen haben einige höhere Offiziere im Verein mit der Mannschaft des „Royal Oak“ gemeutert und sich getötet, unter dem Oberbefehl des Admirals ausgeführt. Es heißt, daß die Schiffsleute nach Gibraltar geschickt wurden und nur ein Kriegsschiff geschickt werden sollte.  
Die Meuterei aus Marinetreffen in Malta erzählt, hat Kommandant Gollard selbst eine Frage niedergelegt lassen. Kapitän Demot und Kommandant Daniel, beideseitiger Befehl der „Royal Oak“, hätten am 11. März Malta mit dem Ziele England verlassen, doch Gollard sei in Malta geblieben. Dem Gollard habe ein „sehrer Brief“ zugrunde, aber die Marinebehörden weigerten sich ihn auszufragen.

## Die Einwanderungsregelung wird verschoben

Rechtlichendienst der „Vossischen Zeitung“

wach Metz, 16. März

Der Einmündungsbeschluss des Senats nahm eine Revision an, die das 3. April 1913 der nationalen Vertretung übergeben wird. Die Einwanderungsfrage wird ein weiteres Jahr hinausgeschoben. Man nimmt an, daß auch das Plenum des Senats und auch das Repräsentantenhaus die Revision gutheißen wird. Niemand hat große Lust, die komplizierte Einwanderungsfrage noch vor der Präsidentenwahl neu zu regeln, besonders da über die vielen verschiedenen Projekte kaum vor dem 1. April eine Einigung erzielt werden kann.

## Der Pariser Fackelrommel aufgelöst?

Rechtlichendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 16. März

Die Pariser Fackel glaubt, bereits jetzt den Mord an dem italienischen Generali Canorelli revidiert aufgeben zu haben. Allerdings führt die Aufklärung zu einer Anzahl von Verdächtigungen und Zusammenhängen, die bis nicht unbedingt glaubhaft erscheint. Canorelli soll ursprünglich einer revolutionären Bewegung angehört, aber vor kurzem seinen Frieden mit dem Sozialismus gemacht haben, um wieder nach Italien zu gehen und sich zurücksetzen zu können.  
Die revolutionäre Bewegung, die er deshalb verlassen habe, hat jetzt einen Akt Mord gegen den Bruder Canorellis unternommen. Mithilfe dieser Vereinigung war ein gewisser Ghini, der, wie die Fackel feststellt, kurz vor der Ermordung Canorellis ihn telefonisch anrief und warnte. Ghini wiederum hand mit einem Lehrer Bezuceri in Verbindung, der damals den Lehrern des Internates eine Besetzung von 8000 Fronten ausgesetzt hatte. Ihn hat man im März 1909 freigesprochen und hat sich nach Belgien begeben. Unter die ganze Unternehmung soll er aber schon vor längerer Zeit der Pariser Fackel ein umfangreicher Bericht ausgereicht, aus dessen Inhalt Bezuceri den Canorelli im Verdacht hat. Bezuceri, der sich durch diesen Bericht seine Unternehmung schon gerechtfertigt habe, ließ sich an Canorelli zeigen wollen und habe ihn deshalb also getötet.  
Doch er als Täter wirklich in Frage komme, habe daraus hervorgeht, daß sein Einverständnis mit dem Mord des Zitierten überlassen und auch er seit dem Mord verschwunden ist. Es veranlaßt, daß er über die belgische Grenze geflüchtet ist.

## Minister Hofmann

Minister Hofmann, der zuletzt Direktor des Bildungsamtes der Marine war, ist plötzlich im 62. Lebensjahre gestorben. Sein Nachfolger ist der jetzige Kapitän a. D. Willing von dem er hat durch den hiesigen „Rechtlichendienst“ bekannt. Er der Tod Hofmanns ist unter tragischen Umständen erfolgt. Da gerade im Zusammenhang mit dem Kreuzer „Umben“ zurückzuführen.

## Tobafabrikant kandidiert für die Wahlen

Die Reichspartei für Volkrecht und Aufklärung hat als Spitzenkandidaten in Thüringen den Fabrikanten Tobafabrikant als Spitzenkandidaten in Thüringen als Spitzenkandidaten aufgestellt.

## Der Staatspräsident bei der Friedensgesellschaft

Am 15. März wurde der Staatspräsident bei der Deutschen Friedensgesellschaft wurde der bisherige Staatspräsident von Belgien, Ulrich, gewählt.

## Major Witz wird sich

Einer der vor der rhabiliten Richter wie Einzel beschuldigten Männer in München ist der Major a. D. Axel Witz, ein aufrechter Republikaner, dessen Bemühungen es vor allem zu werden. Witz hat durch seine hochherzige, unerschrockene Haltung die Aufmerksamkeit seiner Zeitgenossen auf sich gezogen. Die deutsche Presse hat sich über ihn sehr günstig geäußert. Major Witz habe als Kandidat in München für die Reichspartei kandidiert, die sich für die Wahlen in Thüringen am 1. April 1913 aufstellen wird. Major Witz hat sich für die Wahlen in Thüringen am 1. April 1913 aufstellen wird.

# Englische Schulden-Initiative

## Als Antwort auf die amerikanische Friedenspolitik / Angleichung von Reparationen und Schulden / Mobilisierung der deutschen Schuld Rheinland- und Saar-Regelung

London, 16. März

Rechtlichendienst der „Vossischen Zeitung“

Zu englischen Regierungskreisen ist eine umfangreiche Debatte über den neuen englischen Standpunkt in der Schuldenfrage festgelegt worden, deren Inhalt als freigelegt betrachtet werden, obwohl über hundert Exemplare bereits gedruckt sind. Sie stellt, wie verstanden, zwei Gedanken in den Vordergrund:

1. Die Militärs wollen von Deutschland nur soviel an Reparationen verzeichnen, wie Amerika von ihnen endgültig an Schulden einzutreiben hofft.

Die Verpflichtungen der Militärs gegenüber den Vereinigten Staaten sollen in eine Schuld Deutschlands gegenüber der Union verzeichnet werden, für die die Militärs nur die Zins- und Tilgungsschulden und zwar im Verhältnis ihrer gegenseitigen Kapitalausleihung an die Vereinigten Staaten, übernehmen wollen.

Als Sequenzial für diese Umfächigung der Schulden würden nach englischen Wunsch England und Amerika Deutschland seitens Londoner und New Yorker Banken gewisse Garantien über eine zu vernünftigen Finanzlagen in Italien durchzuführen. Die Mobilisierung der deutschen Schuld in Aussicht stellen, wird Frankreich und Belgien gleichzeitig mit Deutschland Abkommen über Rheinlandbrückung und Vereinigung der Saarfrage treffen werden, die zum Teil auch finanzielle Auseinandersetzungen zur Folge haben müßten.

Die englische Debatte ist zweifellos der Auftakt für eine internationale Besprechung der Schuldenfrage, die die englische Diplomatie bei der Bekanntgabe des Ergebnisses der amerikanischen Präsidentenwahl im November dieses Jahres für mögliche Erfolge sprachlich machen will.

## Manen Llach kehrt plötzlich heim?

Rechtlichendienst der „Vossischen Zeitung“

London, 16. März

Die Neße des spanischen Königssohns scheint ein unerwartet großes Ende zu nehmen. Nach einer Reise des „Daily Express“ nach Madrid Manen Llach ist, wie bei langen vorher, mit Gattin und Gehege über Berlin und Polen nach Genua zurückgekehrt, sondern von London aus direkt über Paris nach seiner Hauptstadt zurückgekehrt. Das Manen glaubt, daß für diese plötzliche Veränderung der Selbstbestimmung in eine Anwesenheit in Spanien maßgebend sein, die während der Abreise des Königs entstanden sein sollen. Der spanische Königsmittler sagt sich er bereits von Paris aus nach Spanien zurückgekehrt, ohne sich an der Londoner Stelle zu beteiligen.

## Albanische Herabde

Wie erst jetzt bekannt wird, erliegen Tage nach der Abreise König Manen Llach aus dem spanischen Gefolge von Berlin sowohl beim Reichspräsidenten von Eibenburg wie beim Reichskanzler Dr. Witz und überdies haben deren in eine spanischen Dornen und einen roten Seidenmantel. Der Mantel bedeutet, wie wir hören, daß seine Träger „albanische Herabde“ sind. Reichspräsident wie Reichskanzler nehmen diese auf diplomatischer Wege erfolgte Ehre entgegen.

Von demselben „Bericht“ sollte auch der Reichspräsident über betroffen werden. Der Reichspräsident hat in der ersten Sitzung der Reichskanzler die Bestimmungen der Verfügung und den Reichspräsidenten diplomatischer Höflichkeit wählen zu müssen, ohne gegen ihn für die Ablehnung der fester wolgemeinten Ehreung einzutreten.

## Neuer Vorkämpfer Argentiniens

Wie aus Buenos-Aires mitgeteilt wird, ist der Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt Argentiniens, Raffell, zum Vorkämpfer in Berlin ernannt worden. Das Wechselt in der Personlichkeit des diplomatischen Vertreters Argentiniens in Deutschland und kommt nicht überraschend. Während des Berliner Besuchs des argentinischen Außenministers ist vor einigen Monaten die Umwandlung der Gesandtschaft in Berlin und in Buenos-Aires in Botschaften vereinbart worden. Die deutsche Botschaft in Buenos-Aires ist inzwischen vom Reichstag bewilligt worden und man weiß, daß das diplomatische Instrument, das in den nächsten Tagen vom auswärtigen Amt offiziell bekannt gegeben werden, die Ernennung des heutigen Vorkämpfers in Berlin, Dr. Raffell, zum Vorkämpfer in Buenos-Aires bringen wird. Zum ersten Vorkämpfer Argentiniens in Berlin ist Unterstaatssekretär Raffell ernannt worden, der gegenwärtige Gesandte Argentiniens, Gerberto M. Quintana erzählt eine andere Nomenklatur.

## Der Klingelbeutel

Die sogenannte „Vereinigung für Handel und Industrie bei der Deutschen Volkspartei“ in Berlin hat am 15. März für die Wiederwahl der Reichstagsabgeordneten von Raumer. Dabei wird die Kandidatur Raumer als die einzige Bestätigung der Kandidatur bezeichnet, und wird in Berlin die drei Berliner Wahlkreise (Berlin, Potsdam I, Potsdam II) zu wählen werden. Um diese Darstellung glaubhaft zu machen, wird ein gefälschtes Zeugnis der jetzigen Abgeordneten und Kandidaten dieser Wahlkreise beigelegt. Berlin hat die jetzige demokratische Abgeordnete Reichsminister a. D. Bern-

England ist, nachdem, wenigstens auf dem Papier, Einverständnis im neuen Budget ein Gleichgewicht herstellen dürfte, der Staat, der, ohne der Berechtigung derjenigen eigenen Interessen bedürftig zu werden, in der Lage ist, die Schuldentragung anzuschließen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß es keinen Zweck habe, die neue Politik der Vereinigten Staaten politisch verwirklichen zu wollen, solange der Komplex der Reparationsfrage, der internationalen Schulden, der Saarfrage und der Regelung der Rheinlandfrage liegt. Die amerikanische Friedenspolitik, deren große Bedeutung von allen bekannten Engländern von anerkannt der Parteilichkeit anerkannt wird, kann noch englischer Auffassung sich nur dann unter günstigen Bedingungen auswirken, wenn vorher die aus Weltkrieg und Friedensverträgen übrig gebliebenen Probleme beseitigt werden.

In englischen Regierungskreisen nimmt man deshalb bisher zu den Vorschlägen der amerikanischen Regierung, die auf günstigen Ausgleich des Krieges zwischen England und auf den Schluß eines Schiedsgerichtsvertrages hinaus, offiziell noch nicht Stellung. Man begründet diese Zurückhaltung damit, daß England noch keine offizielle Kenntnis der beschlossenen amerikanischen Vorschläge habe und nur hoffentlich über den Verlauf der französisch-amerikanischen Verhandlungen „erleuchteter informiert“ worden sei.

Trotz dieser amtlichen Zurückhaltung kann mit größter Bestimmtheit erwartet werden, daß die englische Regierung gegenüber den neuen amerikanischen Friedensvorschlägen eine entgegenkommene Antwort erteilen wird, und ferner, daß die in England durch die Struktur des Empires und die Beziehungen Englands zu Belgien und dem Frankreich befangen sind, erst im zweiten Stadium der Verhandlungen bei der Ausarbeitung der Einzelbestimmungen des neuen englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages vorbringen wird.

burg, der bekanntlich jahrhundertlang altener Kaufmann war, und der als demotografischer Spitzenkandidat aufgestellt wurde. Es ist ein D. Oscar Meyer, Gebürtiger der Industrie und Handelswelt aus Berlin, einfach ausgestellt. Die Sammelarbeiten werden an Mitglieder aller Richtungen verhandelt, deren Schiedsgerichtsverträge die in der Deutschen Demokratischen Partei eine offizielle Rolle spielen.

## Bayerische Hausfuchung bei „Willing“

Bei der Koburger Bundesfeier des „Willing“ für die Errichtung und Herabsetzung wurde heute morgen ein Veranlassung der bayerischen Regierung eine überhöhte Forderung vorgenommen. In dem Sinne des Bittens, eines ehemaligen Offiziers, hat eine Gefährdung, welche, werden die verfallenen Gefährdung, die in der Anzahl Kriminalbeamter geöffnet und das darin enthaltene umfangreiche Material beschlagnahmt.

## Bayern bedehrt sich zum Lutherfest

Rechtlichendienst der „Vossischen Zeitung“

München, 16. März

Der Lutherfest ist auf Einladung des Oberbürgermeisters Scharnagl einem Kreis evangelischer und katholischer Geistlicher und Beauftragten vorgelagert worden. Bekanntlich hatte der Bundesrat einen Antrag auf Verbot der Ausstellung des Filma gestellt, angeblich in der Hauptstadt, deshalb, weil der Film Luther in besonders günstigen Licht darstelle und deshalb geeignet sei, die Gefühle der katholischen Bevölkerung zu verletzen. Der Vertreter der katholischen Kirche bei der Filmprüfung hatte ursprünglich nicht Bedenken nicht gegenüber dem Film in der Regel auf einen Vorwurf „Willing“ abzugeben. Der Film soll in der Form, in der er nun vorliegt, nicht mehr enthalten, was eine Erlaubnis der Filmprüfung für den Frieden auch bei empfindlichen Kreisen zur Folge haben könnte.

Barum nun also die ganze Aufregung um den Lutherfest? Der allem wird man in bayerischen Kreisen, im Hinblick auf die Konjunktur, welche die den Verfallensvertrag zurückzuführen. Man kann nur erfinden, daß die Seiten für die 3. und 4. Klassen bestimmen, ohne die im Zusammenhang weltanschaulich verflochtenen gerichteten Gruppen unzulässig ist.

## Die Änderungen am Kriegsschadengesetz

Zweite Ausfertigung beendet

Im Reichstagsparlament ist die Entwurfsfassung des Gesetzes über die Kriegsschadengesetze wurde die zweite Lesung der Reichstagsparlamentarische erledigt. Der Entwurf behält im Wesentlichen den durch die erste Lesung im Ausschuss geschaffenen Inhalt. Änderungen sind nur in zwei Punkten vorgenommen worden. Einmal wurde die Grenze für die kriegsbedingt verfallenen Vermögensgegenstände von 2000 auf 5000 Mark heraufgesetzt und dann wurde der § 1 Absatz 1 um 7 Millionen Mark erhöht. Die hierfür notwendigen Mehraufwendungen im Gesamtbetrag von 18 Millionen Mark sollen dadurch gedeckt werden, daß der Betrag der Verbilligung der Kriegsschadengesetze um ein Viertel bis zum 1. April kriegsbedingt wird.











